

Regierungsrat Isaac Reber
Sicherheitsdirektion
Rathausstrasse 2
4410 Liestal
Versand per E-Mail an sid-sekretariat@bl.ch

Liestal, 18. Dezember 2015

Vernehmlassung betreffend Revision des Gesetzes über die Einführung des Zivilgesetzbuches (EG ZGB) in Sachen gleichzeitige Mitgliedschaft im Gemeinderat und im Spruchkörper der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. September 2015 haben Sie uns zur Stellungnahme zur oben erwähnten Landratsvorlage eingeladen. Gerne machen wir von Ihrem Angebot Gebrauch und lassen uns wie folgt vernehmen:

Die FDP.Die Liberalen Baselland befürwortet die Revision des Gesetzes über die Einführung des Zivilgesetzbuches (EG ZGB) in Sachen gleichzeitige Mitgliedschaft im Gemeinderat und im Spruchkörper der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) vollumfänglich.

Durch die vorgeschlagene Änderung des EG ZGB wird die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um einem Gemeinderatsmitglied zu ermöglichen, bei der KESB als Mitglied des Spruchkörpers und als Mitglied der Versammlung der Gemeindedelegierten tätig zu sein. Für die Ausübung dieser Tätigkeiten bedarf ein Gemeinderatsmitglied künftig keiner Bewilligung durch den Regierungsrat mehr. Diese organisatorische Vereinfachung begrüsst die FDP ausdrücklich. Mit Zustimmung aufgenommen wird auch, dass in KESB-Kreisen mit dem Tessiner Modell ein Gemeinderatsmitglied durch seinen Einsitz im Spruchkörper der KESB Einfluss auf die Kostenentwicklung der Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen nehmen kann. Ein weiterer Vorteil der Revision des EG ZGB ist, dass bei der Wahl eines Gemeinderatsmitglieds in die Versammlung der Gemeindedelegierten der KESB, und beim Tessiner Modell bei der Delegation eines Gemeinderatsmitglieds als sachverständige Person in den Spruchkörper der KESB, der Informationsfluss zwischen der KESB und dem Gemeinderat und umgekehrt sichergestellt wird. Dies kann dem Gemeinderat zum Beispiel eine nachhaltige, finanzielle Führung und Planung erleichtern. Positiv wird zur Kenntnis genommen, dass in jedem Fall durch entsprechende Schweigepflichten die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen gewahrt sind.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen
FDP.Die Liberalen Baselland



Christine Frey
Parteipräsidentin

Ersteller: Fachkommission Justiz und Sicherheit, Stefan Steinemann